

Dem widerspruch der Sprecher der SPD-

durte nun weiter in der Sache verbleiben.

Verzicht auf 2 weitere Fahrspuren

Bodenheimer VG-Rat unterstützt die Nackenheimer Interessen

rö. VG Bodenheim. - Der Verbandsgemeinderat beschloß in seiner Sitzung einstimmig, auf den Bau der dritten und vierten Spur der Ortsumgehung Nackenheim der B 9 zu verzichten. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Durchführung eines Planänderungsverfahrens anzustreben.

Bürgermeister Gerhard Krämer erinnerte nochmals daran, daß im Planfeststellungsbeschluß über die Nackenheimer Umgehung vier Fahrspuren vorgesehen sind. Aus finanziellen Gründen wurden bisher aber erst zwei gebaut. Bereits jetzt ergeben sich jedoch für die Bewohner der angrenzenden Häuser erhebliche Belastungen durch Lärm und Autoabgase, die sich durch die Verbreiterung der Trasse bis zur Rheinstraße ins Unerträgliche steigern würden. Der Bau der dritten und vierten Fahrspur sei nicht erforderlich, meinte Krämer, da ansonsten die Situation der Nackenheimer Bevölkerung noch weiter erschwert werde. Zwar sei ein weiterer Ausbau im Augenblick nicht aktuell, jedoch erscheine es sinnvoll, ein Änderungsverfahren einzuleiten, um

19.4.80
nicht weiter mit einem Damoklesschwert leben zu müssen. Krämer forderte dazu auf, die Bemühungen des Ortsgemeinderates Nackenheim, der bereits einen Verzichtsbeschluß faßte, zu unterstützen.

Ratsmitglied Günter Ollig (SPD) meinte, Nackenheim sei von Anfang an nicht glücklich darüber gewesen, daß die Schnellstraße an den Rhein gelegt wurde. Zwar reichen die zwei Fahrspuren bis in die neunziger Jahre aus, jedoch liegen weitergehende Pläne schubladenreif vor. Die Gemeinde Nackenheim wolle sich davor schützen, daß in einer plötzlich auftretenden schlechten Konjunkturphase diese Pläne verwirklicht werden. Mit einem Verzicht auf die dritte und vierte Fahrspur helfe man auch den Bewohnern der Rheinstraße, die ansonsten eine Schnellstraße direkt vor der Haustür hätten. Ollig erinnerte auch an eine vorgesehene Bepflanzung zwischen Rhein- und Schnellstraße und an genehmigte Lärmschutzeinrichtungen für die Bewohner. Willi Wöll zeigte sich im Namen der CDU-Fraktion mit den Argumenten seiner Vorredner ebenfalls einverstanden.